

Der Landrat erläuterte, dass sich die Verwaltung bereits seit dem Zeitpunkt der Vorlage des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt zur überörtlichen Prüfung mit dessen Ergebnissen befasse, sodass ein Auftrag an ihn entsprechend des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.05.2007 entbehrlich sei. Nachfolgend stellte er nochmals die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung vor. Der Rhein-Sieg-Kreis nehme auf der Grundlage der Prüfergebnisse innerhalb NRW im Kennzahlenvergleich einen guten Platz ein. Die Kreisumlage sei im interkommunalen Vergleich trotz der hohen Ausgaben im Sozialbereich niedrig. Sie unterschreite den Mittelwert um 14 %. Der Rhein-Sieg-Kreis verzichte trotz der höheren Ausgaben auf eine zusätzliche finanzielle Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Im Bereich der Personalkosten, des Personalmanagements sowie der –organisation unterschreite der Rhein-Sieg-Kreis ebenfalls den Mittelwert. Der Rhein-Sieg-Kreis bemühe sich, wie den Kreistagsfraktionen bekannt, um eine ständige Reduzierung der Personalkosten. Auch im Zuschussbereich „Hilfe zur Pflege“ zähle der Rhein-Sieg-Kreis zu den Kreisen mit den geringsten Ausgaben. Bei den Ausgaben für den öffentlichen Gesundheitsdienst unterschreite der Rhein-Sieg-Kreis den Mittelwert um 20 %. Auch im Bereich „Kataster und Vermessung“ seien unterdurchschnittliche Ausgaben bestätigt worden.

Hingegen sei insbesondere bei der Höhe der Jugendamtsumlage ein Handlungsbedarf gesehen worden. Die Höhe der Jugendamtsumlage sei wie bekannt auf strukturelle Ursachen zurückzuführen. Auch die Ausgaben bei der „Hilfe zur Erziehung“ seien als überdurchschnittlich hoch bewertet worden. Die Verwaltung sei bestrebt, diese Aufwendungen möglichst gering zu halten; ausschlaggebend für die Ausgabenentwicklung seien aber auch hier strukturelle Ursachen.

Bereits während der laufenden Prüfung habe die Verwaltung aus den sich negativ abzeichnenden Prüfergebnissen Konsequenzen gezogen: So sei zugunsten einer Kostensenkung im Bereich der Gebäudewirtschaft die Einrichtung eines zentralen Gebäudemanagements geplant. Auch sei zur Kostenreduzierung die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle vorgesehen.

Am 14.06.2007 werde der Rechnungsprüfungsausschuss den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt beraten. Sofern die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses zu dem Ergebnis kommen sollten, dass verschiedene Ergebnisse des Prüfberichts auch in weiteren Ausschüssen des Kreistages beraten werden sollten, sei dies möglich. Die Dezernate hätten bereits weitgehend zu dem Prüfbericht Stellung genommen. Diese würden in der Vorlage für den Rechnungsprüfungsausschuss mit aufgenommen.

Abg. Hartmann dankte für die Informationen und führte aus, dass die SPD-Kreistagsfraktion die zu dem Prüfbericht erfolgten Presseberichte mit großem Interesse verfolgt habe. Zeitgleich sei der Prüfbericht den Kreistagsfraktionen vorgelegt worden. Auch sei bereits frühzeitig auf die Beratung des Berichts in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.06.2007 hingewiesen worden. Aus der Sicht der SPD-Kreistagsfraktion sei neben der Zuständigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses auch die des Kreisausschusses und des Kreistages zu berücksichtigen. Auf Grund der im Prüfbericht differenziert angesprochenen Themenbereiche, wie z.B. Vergabewesen, Gebäudewirtschaft, sei eine Beratung des Prüfberichts in weiteren Ausschüssen sinnvoll und notwendig. Gegen eine Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss bestünden keine Bedenken; die SPD-Kreistagsfraktion vertrete die Auffassung, dass diese allerdings nicht ausreiche. Der umfangreiche Bericht enthalte viele Zwischenergebnisse, Handlungsempfehlungen und –felder sowie Kritikpunkte, die in den entsprechenden Fachausschüssen einer Beratung und Bewertung bedürften. Für verschiedene Bereiche der Verwaltung sei ein Handeln und Gegensteuern gefordert worden. Eine Beratung in der entsprechenden Breite und Tiefe unter Einbeziehung der jeweiligen Stellungnahmen der Verwaltung sei notwendig. Die SPD-Kreistagsfraktion halte daher ihren Antrag aufrecht und bitte die übrigen Kreistagsfraktionen, diesen mit zu unterstützen.

Abg. Heuel entgegnete, dass die Federführung des Rechnungsprüfungsausschusses unstrittig sei. Daher werde dieser den Prüfbericht beraten und sich ausführlich mit der Thematik beschäftigen. Bei Bedarf sei die Einbeziehung weiterer Ausschüsse möglich. Die Ergebnisse der Beratungen des Rechnungsprüfungsausschusses seien zunächst abzuwarten. Gerichtet an seinen Vorredner regte er im Hinblick auf die positiven Ergebnisse des Prüfberichts an, dem Landrat und seinen Mitarbeitern/innen für die geleistete Arbeit zu danken. Die CDU-Kreistagsfraktion werde dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nicht zustimmen.

Der Landrat informierte die Mitglieder des Kreisausschusses über die Rechtslage, wonach der Bericht der

Gemeindeprüfungsanstalt nach den Vorschriften der Kreisordnung NRW i.V.m. der Gemeindeordnung NRW dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung vorzulegen sei. Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichte den Kreistag über den wesentlichen Inhalt des Prüfberichts sowie über das Ergebnis seiner Beratungen. Auf Grund dieser Ausgangssituation sei den Ergebnissen des Rechnungsprüfungsausschusses nicht vorzugreifen. Über dieses Verfahren seien die Kreistagsfraktionen frühzeitig hingewiesen worden. Ferner sei darauf hingewiesen worden, dass die Verwaltung gegenüber dem Rechnungsprüfungsausschuss zu dem Bericht Stellung nehmen werde. Diese Vorlage werde derzeit erarbeitet und dem Rechnungsprüfungsausschuss rechtzeitig zu seiner Sitzung am 14.06.2007 vorgelegt.

Abg. Finke verdeutlichte, dass die Ergebnisse des Prüfberichts inhaltlich breit gefächert und zudem von großer politischer Bedeutung seien. Nach seiner Auffassung müsste den Kreistagsfraktionen die Möglichkeit eingeräumt werden, zu verschiedenen Inhalten oder Aussagen bzw. Zielrichtungen des Prüfberichts im Kreistag Anträge zu stellen.

Der Landrat machte darauf aufmerksam, dass dies den Kreistagsfraktionen unbenommen sei. Die Beratung des Prüfberichts sei jedoch Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses.

Der Landrat stellte sodann den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Abstimmung.